

Interfraktionelle Interpellation GLP/JGLP, GFL/EVP (Matthias Egli, GLP/Matthias Stürmer, EVP/ Danielle Cesarov-Zaugg, GFL): Koordination und Entwicklung Smart City Stadt Bern

Der Begriff Smart City wird unterschiedlich interpretiert und kommt in unterschiedlichen Belangen zur Anwendung. Er wird als Sammelbegriff für gesamtheitliche Entwicklungskonzepte, die darauf abzielen, Städte effizienter, technologisch fortschrittlicher, grüner und sozial inklusiver zu gestalten verwendet¹. Wie bereits die Interpellation² der SP im Dezember 2016 feststellte, wird das Konzept von Smart City auch in städtischen Strategien erwähnt³. Bis anhin ist jedoch unklar, was für die Stadt Bern das Konzept „Smart City“ bedeutet, inwiefern sich die Stadt Bern zu einer „smarten“ Stadt entwickeln will und welche Rolle die Stadt dabei einnehmen wird.

Der Nutzen für einer „smarten Stadt“ ist vielseitig. Beispiele: Durch interaktive Apps kann die Partizipation der Bevölkerung an der Stadtentwicklung über die heutige Zielgruppen hinaus erweitert werden, mit vereinfachten Prozessen innerhalb der Verwaltung werden die Kunden – das heisst die Bürgerinnen und Bürger – schneller, einfacher und günstiger mit den städtischen Dienstleistungen bedient (eGovernment) und dank intelligenten Systemen für unsere Infrastruktur (Verkehr, Gebäude etc.) können Energie gespart und durch weniger Infrastrukturbauten Kosten reduziert werden.

Unterschiedliche Entwicklungsschritte sind notwendig, damit sich eine Stadt zu einer Smart City entwickeln kann. Es braucht eine langfristige Strategie mit klarer Positionierung und einer Roadmap in den verschiedenen Themenbereichen (Beispiel Themenbereiche Smart City Schweiz⁴). In weiteren Schritten sollten Pilotprojekte in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und der lokalen Wirtschaft initiiert und koordiniert werden. Zudem wird es vermehrt nötig sein, weitere Daten aus der Administration öffentlich zugänglich zu machen um Transparenz herzustellen und die Innovation in neuen Entwicklungen zu fördern (Open Data). Smart City ist nicht alleine Aufgabe der Stadt, sondern vielmehr eine Zusammenarbeit von unterschiedlichen Stakeholdern. Gleichzeitig ist es in einer Smart City notwendig Datensicherheit und soziale und politische Anforderungen zu berücksichtigen. Letzterer Aspekt wurde bereits in der oben erwähnten Smart City Interpellation der SP berücksichtigt, weshalb in der vorliegenden Interpellation nicht darauf eingegangen wird.

Städte wie Zürich oder Genf haben seit längerem eine Smart City Strategie lanciert. Im Zusammenhang mit der Entwicklung von Bern zu einer Smart City möchten die GLP/JGLP- und GFL/EVP-Fraktion Antworten zum Stand der Entwicklungen und der Organisation von Smart City in der Stadt Bern.

1. Welche Rolle will Bern in der Entwicklung der Stadt zu einer Smart City einnehmen? Auf welche Themenbereiche fokussiert die Stadt Bern?
2. Smart City bringt den grössten Nutzen wenn Konzepte, Daten und IT-Infrastruktur directionsübergreifend und in Zusammenarbeit mit ewb, BernMobil und privaten Stakeholder entwickelt wird. Wie stellt die Stadt Bern diese Koordination heute und in Zukunft sicher?
3. Open Data bilden für die Entwicklungen für eine Smart City mit externen Stakeholdern eine wichtige Grundlage. Stellt die Stadt Bern eigene Daten als Open Data öffentlich zur Verfügung?
4. In welchen Bereichen von Smart City kann die Stadt Bern bereits heute Projekte, respektive Pilotprojekte ausweisen?

¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Smart_City

² Interpellation 2016.SR.00256, 2016.SR.00257 und 2016.SR.00258

³ Stadtentwicklungskonzept Bern 2016 und neue ewb Eignerstrategie

⁴ <http://www.smartcity-schweiz.ch/de/themenbereiche/>

Bern, 16. Februar 2017

Erstunterzeichnende: Matthias Egli, Matthias Stürmer, Danielle Cesarov-Zaugg

Mitunterzeichnende: Marianne Schild, Claude Grosjean, Melanie Mettler, Maurice Lindgren, Marcel Wüthrich, Bettina Jans-Troxler, Janine Wicki

Antwort des Gemeinderats

Wie die Interpellanten zu Recht festhalten, gibt es für den Begriff Smart City keine einheitliche Definition. Die Autoren Meier (Universität Fribourg) und Portmann (Universität Bern) umschreiben Smart City wie folgt⁵: *"Unserem Verständnis nach drückt der Begriff die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Städten und Agglomerationen aus, um den sozialen und ökologischen Lebensraum nachhaltig zu entwickeln. Dazu zählen unter anderem Projekte zur Verbesserung der Mobilität, Nutzung intelligenter Systeme für Wasser und Energieversorgung, Förderung sozialer Netzwerke, Erweiterung politischer Partizipation, Ausbau von Entrepreneurship, Schutz der Umwelt sowie Erhöhung von Sicherheit und Lebensqualität."* Die Handlungsfelder können mitunter in Smart Governance, Smart Participation, Smart Living, Smart Education, Smart Mobility, Smart Energy und Smart Economy unterteilt werden.

Diese nicht abschliessende Umschreibung der mit dem Begriff "Smart City" einhergehenden Technologien und Systeme zeigt, wie breit sich das Thema präsentiert und wie vielfältig die konkrete Ausgestaltung sein kann. Sie macht aber auch deutlich, dass verschiedenste bereits erfolgte Anstrengungen der letzten Jahre zwar nicht unter dem Titel "Smart City" subsumiert wurden, klar aber dazu gezählt werden müssen.

Dem Gemeinderat ist der Handlungsbedarf in diesem allseits präsenten Thema bewusst. Er hat deshalb bereits Ende 2016 die neuen Schnittstellen insbesondere mit Energie Wasser Bern (ewb) aufgrund der Überarbeitung der Eignerstrategie für ewb aufgenommen. Neu hält die Eignerstrategie in Kapitel 6.5 deshalb folgendes fest: *"ewb ist Partnerin der Stadt Bern bei der Konkretisierung ihrer künftigen Smart-City-Strategie. ewb unterstützt die Stadt bei der Ausarbeitung dieser Strategie und bringt dazu insbesondere ihre Netzwerkkompetenz ein."* Im Juni 2017 verabschiedete der Gemeinderat zudem die Legislaturziele für die Jahre 2017 bis 2020. Das Legislaturziel 7 erklärt Mitbestimmung und Zusammenarbeit als wichtige Pfeiler der Stadtberner Politik. Umgesetzt werden soll das Ziel, die Stadt Bern als eine Stadt der Beteiligung zu positionieren, u.a. dadurch, dass innovative Partizipationsprozesse mittels Einsatz von zeitgemässen Informations- und Kommunikationstechnologien geschaffen und die Veröffentlichung von stadtbezogenen Daten vorangetrieben werden soll. Legislaturziel 8 hält weiter fest, dass die Stadt Bern mit der Wirtschaft, in der Region, im Kanton und schweizweit gut vernetzt ist. Der Gemeinderat bekennt sich dabei zur Smart City und möchte folgende Massnahme umsetzen: *"Gemeinsam mit Partner wie ewb und BERNMOBIL wird die Stadt Bern zur Smart City."*

Zu Frage 1:

Die Stadt Bern soll bei dieser Entwicklung im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine aktive Rolle spielen. Es ist aber festzuhalten, dass die technologischen Fortschritte aktuell in Meilenstiefeln voranschreiten. Der Gemeinderat sieht seine Aufgabe deshalb in erster Linie darin, Netzwerke und Plattformen zu schaffen, um die Koordination der vielseitigen Herangehensweisen der äusserst heterogen zusammengesetzten Anspruchsgruppen sicherzustellen und die Entwicklungen und Aktivitäten zu kanalisieren aber auch zu initiieren. Hierfür soll eine "Smart-City-Stelle" bei der Stadtkanzlei ge-

⁵ Andreas Meier, Edy Portmann: Smart City; Strategie, Governance und Projekte, S. v, Springer Vieweg 2016; ISBN 978-3-658-15616-9

schaffen werden, welche sich explizit dem Thema "Smart City" widmet. Es wird Aufgabe dieser Stelle sein, die Akteurinnen und Akteure auf dem Platz Bern an einen Tisch zu bringen, die Bedürfnisse abzuholen, zu bündeln und zu koordinieren sowie Verluste oder Doppelspurigkeiten aufgrund fehlender Vernetzung und Absprachen zu vermeiden. Diese Stelle soll, zusammen mit den Akteurinnen und Akteuren der Plattform, innovative Ideen kreieren und zur Umsetzung bringen. Dabei ist zu beachten, dass die Themen "E-Government" und "Smart City" ineinandergreifen und teilweise nicht klar abgegrenzt werden können bzw. sollen. Beiden Themen ist aber gemein, dass sie innerhalb der Stadtverwaltung koordiniert werden müssen, um den Nutzen zu optimieren. Zu betonen gilt es an dieser Stelle, dass viele - insbesondere technologische - Entwicklungen nicht durch die Stadtverwaltung beeinflusst werden können.

Die einleitenden Ausführungen zeigen die Themenvielfalt, welche der Begriff "Smart City" mit sich bringt. Dem Gemeinderat ist es denn auch ein Anliegen, kein Einzelthema vor ein anderes zu stellen beziehungsweise aufgrund der Thematik "Smart City" zu priorisieren. Vielmehr ist es sein Ziel, die bestehenden und zu erwartenden Bedürfnisse zu prüfen und entsprechend ihrer Wichtigkeit sinnvolle Lösungen zu erarbeiten. Dabei machen langfristige Smart-City-Konzepte mit einem Zeithorizont von zehn und mehr Jahren kaum Sinn, könnte das Papier mit den aktuellen technologischen Fortschritten doch schlicht nicht mithalten. Der Gemeinderat hat seine Themenschwerpunkte für die aktuelle Legislatur festgelegt. Er wird diese sowie laufende Projekte kontinuierlich auf die Thematik einer "Smart City" hin überprüfen und wo geeignet entsprechend entwickeln.

Zu Frage 2:

Die Thematik "Smart City" braucht - wie die Interpellanten zu Recht festhalten - ein interdisziplinäres und vernetztes Vorgehen, geht es doch im ureigenen Sinn des Begriffs "Smart City" um die Partizipation. Um diese sicherzustellen soll, wie bereits erläutert, eine zentrale "Smart-City-Stelle" bei der Stadtkanzlei geschaffen werden, welche die Stakeholder vernetzt, die Bedürfnisse abholt und die Aktivitäten koordiniert. Selbstredend sind hierbei stadtinterne wie auch -externe Stakeholder gleichermassen zu berücksichtigen. Die Stelle soll zudem zusammen mit den Stakeholdern aktiv neue innovative Smart-City-Projekte definieren und zur Umsetzung bringen.

Zu Frage 3:

Der Gemeinderat teilt die Ansicht, dass Open Data eine der Grundlagen für Entwicklungen im Bereich "Smart City" bildet. Falls mit vertretbarem Aufwand möglich, sollen deshalb verfügbare Daten als "Open Data" einer interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Die Stadt publiziert schon heute Informationen in unterschiedlichen Dateiformaten im Internet. Dazu gehören u.a. Stadtratsunterlagen im Ratsinformationssystem, die Jahresberichte oder Statistikdaten. Diese können allesamt zu den "Open Data" im weiteren Sinn gezählt werden. Nachholbedarf sieht der Gemeinderat bei zahlenbasierten "Rohdaten", die frei exportiert und als Datenbasis für selbstständige Applikationen dienen können, weshalb dem Programmleiter E-Government (Stadtkanzlei) die zentrale Koordination von "Open Government Data" übertragen wurde. Die zu veröffentlichenden Daten der Stadt Bern sollen dereinst auf dem nationalen Portal www.opendata.admin.ch publiziert werden. Bereits heute publiziert die Stadt unter opendata.swiss maschinenlesbare Daten der Stadtverwaltung, weitere werden folgen und künftig auch unter www.bern.ch/ogd zugänglich sein.

Zu Frage 4:

Bereits heute kann im Raum Bern "smart" ein ÖV e-Ticket gekauft und verschiedenste Apps zu und über Bern genutzt werden. Über das Abfall-App von Entsorgung + Recycling der Stadt Bern können sich die Bevölkerung und die Industrie- und Gewerbebetriebe eine Übersicht über die Dienstleistungen in diesem Bereich schaffen. Die App zeigt, wo sich die nächste Sammelstelle oder der nächste Entsorgungshof befinden und welche Wertstoffe dort zu welchen Zeiten abgegeben werden können. Über das Online-Portal Ki-Tax können Eltern finanzielle Unterstützung für die familienergänzende Betreuung ihrer Kinder beantragen. Auch das geplante Veloverleihsystem wird

"smart" zur Verfügung gestellt und bewirtschaftet werden. Seitens der Stadt sind aktuell des Weiteren Projekte im Zusammenhang mit e-Government in der Realisierungsphase, welche u.a. die An- und Abmeldung in der Gemeinde Bern sowie den Umzug innerhalb des Gemeindegebiets markant vereinfachen sollen. Ebenfalls wird künftig der Erwerb einer Parkkarte elektronisch möglich sein. Auch in Erarbeitung ist die Komplettumstellung auf elektronische "smarte" Lösungen im Zusammenhang mit den Formalitäten der Gewerbe- und Einwohnerkontrollapplikation. So wird u.a. ein Veranstaltungsgesuch künftig elektronisch abgewickelt werden können. Die Stadt Bern nimmt zudem am Programm Kickstart Accelerator 2017 von digitalswitzerland teil. In diesem Programm werden Startups unterstützt, welche innovative Lösungen u.a. mit Schwerpunkt Smart City entwickeln.

Die genannten Beispiele sind nicht abschliessend und weitere Anwendungsmöglichkeiten werden laufend geprüft. Sie sollen aber zeigen, dass das Thema "Smart City" in der Stadtverwaltung keinesfalls vernachlässigt wird, stets jedoch in den Gesamtkontext gestellt und mit den vorhandenen Ressourcen bewältigt werden muss. Zu beachten ist überdies, dass sehr viele Prozesse und Bereiche bereits seit langer Zeit "smart" ablaufen bzw. organisiert sind. Neue Technologien bringen neue Möglichkeiten, die genutzt werden sollen und müssen - sofern sich dadurch ein inhaltlicher und wirtschaftlicher Mehrwert ergibt. Der Einsatz neuer Technologien darf aber nie blosser Selbstzweck sein.

Bern, 16. August 2017

Der Gemeinderat